Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2255

08. 12. 82

Sachgebiet 7

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Müntefering, Ewen, Dr. Linde, Antretter, Berschkeit, Börnsen, Dr. Diederich (Berlin), Fischer (Osthofen), Frau Dr. Hartenstein, Kolbow, Dr. Kübler, Frau Dr. Lepsius, Frau Dr. Martiny-Glotz, Meininghaus, Möhring, Müller (Schweinfurt), Neumann (Stelle), Schlatter, Schreiber (Solingen), Frau Steinhauer, Stiegler, Dr. Struck, Thüsing, Tietjen, Weinhofer, Dr. Feldmann, Dr. Haussmann, Funke, Frau Noth, Gattermann, Merker, Dr. Riemer, Bredehorn, Schmidt (Kempten), Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktionen der SPD und FDP
— Drucksachen 9/1781 (neu), 9/2082 —

Fremdenverkehr

Der Bundestag wolle beschließen:

Die ausführlichen Antworten der Bundesregierung und die darin enthaltenen zahlreichen Daten zum Entwicklungsstand des Tourismus zeigen, daß die Bedeutung des Fremdenverkehrs als Freizeitform und zur Reaktivierung verlorener Leistungskraft sowie sein Gewicht als Wirtschaftsfaktor, vor allem zur Schaffung und Sicherung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in den letzten Jahren weiter gewachsen sind. Das tourismuspolitische Programm der Bundesregierung von 1975 hat sich als gute Grundlage für die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Tourismus erwiesen. Seine Umsetzung, die im Bericht der Bundesregierung von 1979 und jetzt in den Antworten auf die Große Anfrage Fremdenverkehr (Drucksache 9/2082) und auf die Kleine Anfrage Fremdenverkehrspolitik (Drucksache 9/2085) in vielen Details erläutert ist, kann gleichwohl nicht als abgeschlossen angesehen werden. Auch der Bund bleibt für den Fremdenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland mitverantwortlich. Besonders folgende Punkte verdienen in seiner weiteren Tourismuspolitik besondere Aufmerksamkeit:

— An der Jahresurlaubsreise möchten die meisten Bundesbürger offensichtlich festhalten. Es ist jedoch möglich, daß es aufgrund

der allgemeinen Einkommensentwicklung zu Rückgängen kommen könnte. In dieser Situation ist es daher besonders wichtig, die Vorzüge der deutschen Feriengebiete – Preisgünstigkeit, Vielfalt, kurze Anreise – den Urlaubern deutlich zu machen. Alle Beteiligten – der Deutsche Fremdenverkehr und die Fremdenverkehrswirtschaft – müssen dringend und möglichst abgestimmt die Übersicht über das Inlandsangebot und das Marketing verbessern. Das gilt für die klassischen Urlaubsregionen, aber auch für die attraktiven Angebote im Städtetourismus.

— Das Angebot an bedarfsgerechten und preisgünstigen Angeboten für Familienferien ist immer noch nicht ausreichend, obwohl im Laufe der Jahre beachtenswerte Fortschritte erzielt worden sind. Das zeigt sich besonders bei dem Angebot für Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern. Die einschlägigen Angebote der Wohlfahrtsverbände werden begrüßt. Begrüßenswert sind auch entsprechende Initiativen anderer Institutionen, z. B. des Deutschen Jugendherbergswerks mit seiner Öffnung für Familienferien. Insgesamt bleibt es nötig, die Kapazitäten an Ferienwohnungen, Campingplätzen und für Ferien auf dem Bauernhof, die sich erfahrungsgemäß besonders für Familienferien eignen, auszubauen und zu verbessern. Dies gilt auch für Hotels und andere Beherbergungsbetriebe, die verstärkt Familien aufnehmen wollen. Es sollte im Rahmen der Fremdenverkehrsförderung in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" eine besondere Berücksichtigung für familienfreundliche Ferienangebote vorgesehen werden. Es wird angeregt, für die nächsten drei Jahre einen bundesweiten Wettbewerb „Familienferien" auszuschreiben, um so modellhaft Verbesserungen der Familienferienangebote anzuregen.

— Die verschiedenen Ferien-Informationen, die die Bundesregierung allein oder mit anderen herausgibt, haben sich als hilfreich erwiesen. Es ist notwendig, die Ansprache bestimmter Zielgruppen – Familien, Jugendliche, Behinderte – noch zu verstärken.

— Die Entzerrung der Ferienzeiten muß noch verbessert und europaweit angestrebt werden, um so die immer noch erheblichen saisonalen Spitzenbelastungen abzubauen und damit die Arbeitsbedingungen der im Gaststättengewerbe Tätigen weiter zu erleichtern, die Vorhaltekosten der Betriebe zu senken und die Verbraucherpreise zu bremsen.

— Mit der Auslandswerbung durch die Deutsche Zentrale für Tourismus darf nicht nachgelassen werden. Durch einen Ausbau der DZT zum „Akquisiteur im Ausland" könnten weitere ausländische Feriengäste für unser Land gewonnen werden. Dies wird aber nur möglich sein, wenn sich die Fremdenverkehrswirtschaft bei der gemeinsamen Anstrengung mit dem Bund stärker als bisher an der Finanzierung dieser DZT-Aufgabe beteiligt. Es ist wünschenswert, daß die deutsche Fremdenverkehrswirtschaft und die DZT ihre Arbeit besser aufeinander abstimmen.

— Es bleibt nötig, im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden die ökologische Belastung von Feriengebieten zu begrenzen und Natur und Landschaft auch im Interesse der Erholungsuchenden zu schonen. Die Fortsetzung des Erfahrungsaustausches zwischen Bund und Ländern ist unverzichtbar.

— Die Stellungnahme der Bundesregierung gegen die unerwünschte Umwandlung von Ferienwohnungen in Zweitwohnungen wird begrüßt. Die betroffenen Gemeinden sollten so schnell wie möglich gegen die Gefährdung ihrer Infrastruktur geschützt werden, die durch solche Umwandlungen ausgelöst wird.

— Zahlreiche deutsche Kurorte und Heilbäder haben akute Sorgen. Die Auffassung der Bundesregierung wird geteilt, daß die Rückgänge an Kuren nur teilweise durch Bundesgesetze verursacht sind. Wichtig ist jedoch, künftig nicht die Nachfrage zusätzlich zu begrenzen und die schwierige Situation in den Kurorten und Heilbädern weiter zu verschärfen. In der augenblicklichen Situation sollte die Bundesregierung auf eine intensive Aufklärung über die weiterhin gegebenen Ansprüche für eine Kur hinwirken. Die Diskussionen der letzten Monate haben im Bereich Kurwesen Unsicherheiten in der Datenlage gezeigt. Es bleibt anzustreben, die statistischen Erkenntnisse aus den verschiedenen Bereichen – Bund, Länder, Kurorte, Versicherungsträger – schneller als bisher zusammenzuführen und so verläßliche Daten für die politischen Entscheidungen zu gewinnen. Der Forschungsauftrag „Effektivität von Kuren", der von der Bundesregierung erteilt wurde, wird begrüßt. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit werden dringend benötigt und sollten beschleunigt vorgelegt werden.

— Nach der bisherigen Erfahrung mit dem Beherbergungsstatistikgesetz muß dessen Korrekturbedürftigkeit festgestellt werden. Die Empfehlung des Bundesrates wird deshalb unterstützt, im Zuge des vorgesehenen Statistikbereinigungsgesetzes die Beherbergungsstatistik dahin gehend zu ergänzen, daß die Kommunen mit einem beachtlichen Übernachtungstourismus einmal jährlich in Form von Sammelmeldungen auch über die vom Beherbergungsstatistikgesetz nicht erfaßten Übernachtungen berichten. So könnte die mangelhafte Aussagekraft der derzeitigen Statistik mindestens teilweise ausgeglichen werden.

— Es ist besonders herauszustellen, welche beschäftigungspolitische Bedeutung der Fremdenverkehr in allen Formen für die traditionell strukturschwachen, aber landschaftlich reizvollen Erholungsräume hat.

Bonn, den 8. Dezember 1982

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333